

Niederschrift

Gremium	Sitzung - GESO/041(VII)/23			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Gesundheits- und Sozialausschuss	Mittwoch, 19.04.2023	Franckesaal	17:00 Uhr	18:30 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 22.03.2023
- 4 Anträge
 - 4.1 Anpassung der Unterkunftsrichtlinie der Landeshauptstadt
Magdeburg
BE: Fraktion DIE LINKE A0013/23
 - 4.1.1 Anpassung der Unterkunftsrichtlinie der Landeshauptstadt
Magdeburg S0101/23
 - 4.2 Barrierefreiheit und Zugänglichkeit um und zum „Ottonianum“
BE: Fraktion DIE LINKE A0015/23
 - 4.2.1 Barrierefreiheit und Zugänglichkeit um und zum „Ottonianum“
FB 42 S0082/23

4.3	Pilotprojekt – Vergütung von Praktika-Zeiträumen von Studierenden der Fachrichtung ‚Soziale Arbeit‘ BE: Interfraktioneller Antrag SPD-Stadtratsfraktion Fraktion GRÜNE/future! Fraktion DIE LINKE	A0230/22
4.3.1	Pilotprojekt – Vergütung von Praktika-Zeiträumen von Studierenden der Fachrichtung ‚Soziale Arbeit‘ BE: FB 01	S0053/23
4.4	Erstellung und Umsetzung einer Prioritätenliste für öffentliche Trinkwasserspender BE: Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0178/22
4.4.1	Erstellung und Umsetzung einer Prioritätenliste für öffentliche Trinkwasserspender BE: SFM	S0079/23
4.5	Werder: Kegelanlage als Sport- und Begegnungsstätte erhalten BE: SPD-Stadtratsfraktion	A0257/22
4.5.1	Werder: Kegelanlage als Sport- und Begegnungsstätte erhalten BE: FB 40	S0137/23
4.6	Kinderschutz BE: Fraktion DIE LINKE	A0163/22
4.6.1	Kinderschutz BE: Fraktion DIE LINKE	A0163/22/1
4.6.2	Kinderschutz BE: Jugendhilfeausschuss	A0163/22/1/1
4.6.3	Kinderschutz BE: Amt 51	S0305/22
5	Informationen	
5.1	Entwicklung von Segregation in der Landeshauptstadt Magdeburg BE: Amt 61	I0041/23
5.2	Kostenlose Menstruationsartikel an den Schulen BE: FB 40	I0057/23
5.3	Bericht zur Gesundheitsförderung BE: Dezernat V	I0064/23
5.4	Aktuelle Situation in der Wohngeldbehörde BE: Amt 50	I0060/23
6	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Matthias Borowiak

Mitglieder des Gremiums

Tobias Baum

Matthias Boxhorn

Oliver Kirchner

Evelin Schulz

Dr. Thomas Wiebe

Roland Zander

Geschäftsführung

Kathleen Uniewski

Abwesend:

Sachkundige Einwohner/innen

Thorsten Giefers

Sebastian Schäfer

Vincent Schwenke

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Stadtrat Borowiak, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit mit 7 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten fest. Die Einladung erfolgt form- und fristgerecht.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Der TOP 5.1 - I0041/23 - Entwicklung von Segregation in der LH Magdeburg - vertagt auf den 24.05.2023. Stadtrat Borowiak stellt die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.
Abstimmung: 7-0-0
Die Tagesordnung wird in der geänderten Form bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 22.03.2023

Die Niederschrift vom 22.03.2023 wird in der vorliegenden Form bestätigt.
Abstimmung: 5-0-2

4. Anträge

- 4.1. Anpassung der Unterkunftsrichtlinie der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0013/23
 - 4.1.1. Anpassung der Unterkunftsrichtlinie der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: S0101/23
-

Die Amtsleiterin 50, Frau Schulz, bringt die Stellungnahme für die Verwaltung ein. Das Sozial- und Wohnungsamt hat als zuständiger Träger der Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II, SGB XII und AsylbLG und nach Maßgaben des Bundessozialgerichtes (BSG) ein Schlüssiges Konzept zur Festlegung der angemessenen Bedarfe für die Kosten der Unterkunft und Heizung zu erstellen. Alle 4 Jahre erfolgt die Anpassung der Unterkunftsrichtlinie. Der Abschlussbericht zur Mietwerterhebung wurde durch die Beratungsfirma Analyse und Konzepte vorgelegt. Die Auswertung der Mietwerterhebung ergab eine deutliche Steigerung der anzuerkennenden Bruttokaltmiete in allen Haushaltsgrößen. Eine vorzeitige Anwendung, der neu ermittelten abstrakt angemessenen Bruttokaltmiete war unerlässlich. Weiterhin werden Einzelfallentscheidungen getroffen. Frau Schulz informiert, dass das Sozial- und Wohnungsamt für die finanziellen Leistungen zuständig ist, für sozialen Wohnungsbau und die Bereitstellung von ausreichend bezahlbaren, barrierefreien Wohnraum ist das Amt nicht zuständig. Stadtrat Baum möchte wissen, ob Fälle bekannt sind, die abgelehnt wurden?

Frau Schulz sind aktuell keine Fälle bekannt. Der Ausschussvorsitzende, Stadtrat Borowiak, stellt den A0013/23 zur Abstimmung.

Abstimmung: 1-2-4

Der A0013/23 – Anpassung der Unterkunftsrichtlinie der LH Magdeburg wird nicht empfohlen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

- 4.2. Barrierefreiheit und Zugänglichkeit um und zum „Ottonianum“
Vorlage: A0015/23
 - 4.2.1. Barrierefreiheit und Zugänglichkeit um und zum „Ottonianum“
Vorlage: S0082/23
-

Herr Pistorius bringt die Stellungnahme für den FB 42 ein. Die Barrierefreiheit und Zugänglichkeit zum Ottonianum ist gesichert, kein Fall bekannt, dass kein Zugang erlangt werden konnte. Auch die Rampe wurde gekennzeichnet. Weitere Fragen gibt es nicht. Der Ausschussvorsitzende stellt den A0015/23 zur Abstimmung.

Abstimmung: 2-4-1

Der A0015/23 – Barrierefreiheit und Zugänglichkeit um und zum Ottonianum wird nicht empfohlen.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

- 4.3. Pilotprojekt – Vergütung von Praktika-Zeiträumen von Studierenden der Fachrichtung ‚Soziale Arbeit‘
Vorlage: A0230/22
 - 4.3.1. Pilotprojekt – Vergütung von Praktika-Zeiträumen von Studierenden der Fachrichtung ‚Soziale Arbeit‘
Vorlage: S0053/23
-

vertagt

- 4.4. Erstellung und Umsetzung einer Prioritätenliste für öffentliche Trinkwasserspender
Vorlage: A0178/22
 - 4.4.1. Erstellung und Umsetzung einer Prioritätenliste für öffentliche Trinkwasserspender
Vorlage: S0079/23
-

Stadtrat Zander bringt den Antrag ein. Herr Matz (SFM) nimmt für die Verwaltung Stellung. Öffentliche Trinkwasserspender sind an das Trinkwasserhauptleitungsnetz der SWM anzuschließen. Die Errichtung ist mit hohen Kosten verbunden (ca. 10.000 € – 15.000 €). Weiterhin kommen jährlich Unterhaltungskosten dazu. Mit dem Inkrafttreten des Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes am 12.01.2023 wurde zunächst die erforderliche Ermächtigungsgrundlage für den Erlass einer Verordnung geschaffen. Es bleibt abzuwarten, welche konkreten Vorgaben zur Umsetzung des Gesetzes erlassen werden. Stadträtin Schulz möchte wissen, wann mit dem Erlass der Verordnung zu rechnen sei? Herr Matz – da es sich um ein Bundesgesetz handelt, kann dazu nichts gesagt werden. Stadtrat Zander – Antrag und Stellungnahme haben nichts miteinander zu tun. Es könnte beispielsweise eine Prioritätenliste von der Verwaltung erarbeitet werden, damit diese schon vorhanden ist. Die Stellungnahme ist so nicht akzeptabel. Weitere Fragen gibt es nicht. Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmung: 3-0-4

Der Antrag wird zur Beschlussfassung empfohlen.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

- 4.5. Werder: Kegelanlage als Sport- und Begegnungsstätte erhalten
Vorlage: A0257/22
- 4.5.1. Werder: Kegelanlage als Sport- und Begegnungsstätte erhalten
Vorlage: S0137/23
-

Stadtrat Dr. Wiebe bringt den Antrag ein. Der Mietvertrag soll verlängert werden. Aktuell gibt es keine Planungssicherheit für die Sportfreunde. Herr Film (FB 40) nimmt für die Verwaltung Stellung. Der Mietvertrag zwischen Stadt und Sportverein endet bei fristgemäßer Kündigung 2025. Ein 10-Jahresvertrag wird von der Verwaltung kritisch gesehen. Es gibt eine neue Wettkampfanlage in Fermersleben. Für 370 Kegler in Magdeburg, stehen 4 Wettkampfanlagen zur Verfügung. Diese sind alle nicht ausgelastet. Der Bedarf an Kegelbahnen ist gedeckt. Die Entwicklung muss abgewartet werden. Stadtrat Zander schlägt vor den Antrag zurückzuziehen. MWG und Sportstätte sollten sich zusammensetzen. Die Summe ist erheblich, die auf die Sportstätte zukommt. Dr. Wiebe – Erhalt der Sportstätte ist ein großes Anliegen der Bürger. Ca. 30 bis 40 Bürger haben an der Infoveranstaltung teilgenommen. Dr. Wiebe – gibt es einen Kompromiss? Herr Willms – Konzept muss überarbeitet werden, Vertrag läuft ja noch bis 2025. Stadtrat Dr. Wiebe – muss in der Fraktion geklärt werden. Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmung: 2-3-2

Der Antrag wird nicht zur Beschlussfassung empfohlen.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

- 4.6. Kinderschutz
Vorlage: A0163/22
- 4.6.1. Kinderschutz
Vorlage: A0163/22/1
- 4.6.2. Kinderschutz
Vorlage: A0163/22/1/1
- 4.6.3. Kinderschutz
Vorlage: S0305/22
-

Stadtrat Baum bringt den Antrag ein. Herr Krüger (Amt 51) nimmt für die Verwaltung Stellung. Herr Krüger informiert über die aktuelle Situation. Aktuell wird eine Drucksache erarbeitet und ist für den Sommer im Stadtrat vorgesehen. Der Ausschussvorsitzende, Stadtrat Borowiak, geht auf die Änderungsanträge ein. Für die derzeitige Liegenschaft ist ein zentraler Standort zu prüfen. Gegebenenfalls ist ein Neubau zu errichten. Stadtrat Boxhorn – Welches Objekt „schwebt“ Ihnen vor? Herr Krüger – Objekt in der Innenstadt wäre ideal, aktuell stehen keine Grundstücke zur Verfügung. Objekt müsste für 30 Kinder, die in Obhut genommen und betreut werden können zur Verfügung stehen. Stadtrat Dr. Wiebe – gibt es auch freie Träger die betreuen und beteiligen? Herr Krüger – Träger sind nicht für die Objektsuche zuständig, ca. 500 Kinder in Fremdbetreuung. Der Ausschussvorsitzende, Stadtrat Borowiak, stellt die Anträge zur Abstimmung:

A0163/22/1/1

Abstimmung: 4-0-3 - empfohlen

A0163/22/1

Abstimmung: 1-0-6 - nicht empfohlen

A0163/22

Abstimmung: 4-0-3 - geändert empfohlen

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

5. Informationen

- 5.1. Entwicklung von Segregation in der Landeshauptstadt
Magdeburg
Vorlage: I0041/23
-

Die Information wird auf die nächste Sitzung vertagt.

- 5.2. Kostenlose Menstruationsartikel an den Schulen
Vorlage: I0057/23
-

Herr Schliecke (FB 40) informiert zu diesem TOP.

Als Ergebnis der Durchführung des Projektes muss festgestellt werden, dass aufgrund der teilweise stattfindenden Falschnutzung bzw. Vandalismus mit dem Inhalt der Spender eine Weiternutzung bzw. Aufstockung der Spendersysteme für alle Schulen seitens der Verwaltung als nicht zielführend gesehen wird. Vielmehr wird die Möglichkeit favorisiert, die bestehende individuelle Organisation zur kostenlosen Verteilung der Menstruationsartikel dahingehend zu unterstützen, dass den Schulen die Möglichkeit gegeben werden soll, die Menstruationsartikel in kleinen Mengen über den städtischen Haushalt zu bestellen und so aus den Sekretariaten bzw. über die Schulsozialarbeit oder die Pädagogischen Mitarbeitenden bei Bedarf zu verteilen. Nach ausführlicher Diskussion wird die Information zur Kenntnis genommen.

- 5.3. Bericht zur Gesundheitsförderung
Vorlage: I0064/23
-

Frau Severidt bringt die Information für das Dezernat V ein.

Stadtrat Baum – wird der Bericht jetzt regelmäßig vorgestellt und gibt es Kooperationen mit der Hochschule, Studiengang Gesundheitsförderung? Frau Severidt – Projekte sollten mit der Hochschule umgesetzt werden. Eine jährliche Berichterstattung zur Gesundheitsförderung gestaltet sich schwierig. Stadträtin Schulz – Maßnahmen zur Gesundheitsförderung für Mitarbeitende, welche Rolle spielt der Personalrat. Amtsleiterin 50, Frau Schulz – Frau Severidt kann nur zum Dezernat V Auskunft geben, Angebote und Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung liegen im Aufgabenbereich des FB 01. Stadtrat Dr. Wiebe – Was ist mit den Eigenbetrieben, kann da Einfluss genommen werden? Frau Severidt – gehören auch zum betrieblichen Gesundheitsmanagement. Stadtrat Borowiak schlägt vor, FB 01 zum betrieblichen Gesundheitsmanagement in eine der nächsten Sitzungen einzuladen.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 5.4. Aktuelle Situation in der Wohngeldbehörde
Vorlage: I0060/23
-

Die Amtsleiterin des Sozial- und Wohnungsamtes, Frau Schulz, bringt die Information ein und informiert umfassend. Der Heizkostenzuschuss I und II konnte pünktlich gezahlt werden. Auch wenn neue Mitarbeitende eingestellt sind, die einfache Anträge bearbeiten können, sind diese per Erlass des Landes im 4-Augen-Prinzip einer Prüfung zu unterziehen.

Derzeit gibt es nur 1,5 Prüfer. Die Gewinnung weiterer Mitarbeitenden blieb bisher aufgrund der wertgleichen Einstufung erfolglos. Bei akuten Notsituationen kann Kontakt mit der Wohngeldstelle aufgenommen werden. Stadtrat Zander – wie lange wird mit der Abarbeitung gerechnet? Frau Schulz – die bundesweite Abarbeitung liegt bei ca. 6 Monaten. Der Schätzung würde sich Frau Schulz anschließen.

6. Verschiedenes

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Matthias Borowiak
Vorsitzender

Kathleen Uniewski
Schriftführerin